

Die Bereitschaft in Europa, Menschen aufzunehmen, die vor dem furchtbaren Krieg in der Ukraine fliehen, ist beeindruckend. Staaten, Landkreise, Kommunen, genauso wie ehrenamtliche Initiativen und Privatpersonen zögern nicht, die Geflüchteten zu unterstützen und ihnen das Ankommen an einem sicheren Zufluchtsort zu ermöglichen. Geld- und Sachspenden werden gesammelt, Unterkünfte werden angeboten und überall sieht man ukrainische Fahnen als Zeichen der Solidarität. Selbstverständlich müssen auch wir im Landkreis unser Möglichstes tun, diese Bemühungen voranzutreiben und zu unterstützen.

Doch wir dürfen nicht vergessen, dass der Krieg in der Ukraine nicht der einzige Konflikt ist, der gerade das Leben von Menschen bedroht. In Syrien und dem Irak gibt es seit vielen Jahren gewaltsame Konflikte, in Afghanistan haben die Taliban wieder die Macht übernommen, Geflüchtete aus Somalia oder dem Sudan leben oftmals seit Generationen im Exil. Immer noch fliehen Menschen auch aus diesen Krisengebieten. Ein Teil dieser Menschen versucht, in Europa Schutz zu suchen und strandet dabei oftmals an den europäischen Außengrenzen. Jedes Jahr ertrinken Tausende von Geflüchteten im Mittelmeer, denn die EU betreibt bewusst keine staatlichen Seenotrettungsmissionen. Zivile Seenotrettung ist für viele Menschen die einzige Hoffnung auf ein Leben in Frieden und Sicherheit und sollte daher ebenfalls unterstützt und nicht kriminalisiert werden.

Auch in den Wäldern an der polnisch-belarussischen Grenze sitzen weiterhin Menschen fest. Polen baut gerade einen 180 km langen, 5.5 m hohen Zaun, um die Festung Europa weiter abzuschotten. Auch an der bosnisch-kroatischen Grenze werden Menschen auf der Suche nach einem sicheren Zufluchtsort immer wieder illegal zurückgedrängt. Anstatt sichere Fluchtwege nach Europa zu etablieren, nimmt diese Tendenz zur Abschottung seit Jahren zu. Dennoch hat der Landkreis Marburg-Biedenkopf es bislang versäumt, sich zum sicheren Hafen zu erklären und so ein Zeichen der Solidarität mit allen Geflüchteten – ungeachtet ihres Herkunftslandes – zu setzen.

Im Antrag der Großen Koalition ist zu lesen: „Der Kreistag setzt sich für sichere Fluchtwege, staatliche Seenotrettungsmissionen und eine menschenwürdige Aufnahme von Schutzsuchenden ein. Der Kreistag [...] begrüßt die bestehenden Programme auf Landes- und Bundesebene zur Aufnahme von Schutzsuchenden und setzt sich für deren Ausweitung ein. Der Kreistag [...] sorgt für ein langfristiges Ankommen der Schutzsuchenden.“ Nichts anderes bedeutet ein Beitritt zum Bündnis Sicherer Hafen – mit dem Unterschied, dass diejenigen Kommunen und Landkreise, die dem Bündnis beitreten, sich dazu verpflichten, ihre Aktivitäten im Bereich der Fluchthilfe transparent und offen darzulegen. Da die Große Koalition offensichtlich nicht bereit ist, sich dieser externen Kontrollfunktion zu stellen, müssen wir leider davon ausgehen, dass der vorliegende Antrag nicht mehr ist als ein gut gemeintes Lippenbekenntnis. Die Fraktion der Klimaliste wird sich deshalb enthalten.